

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Ercheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandskassakonto Bischofswerda** Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Einwirkung des Betriebes der Zeitung oder der Veröfentlichungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Grundzeile (Zm. Mofse 14) oder deren Raum 120 Bg., drittelte Anzeigen 80 Bg. Im Textteil (Zm. Mofse 14) 250 Bg., die 3spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — **Amliche Anzeigen** die 3spaltige Zeile 150 Bg. — Für bestimmte Tage oder Wägen wird kein Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort** Bischofswerda.

Nr. 173

Mittwoch, den 27. Juli 1921

75. Jahrgang.

Die oberschlesische Frage.

England besteht darauf, daß die Entscheidung nicht hinausgeschoben wird. — Keine englische Zustimmung zur Entsendung französischer Truppen.

London, 25. Juli. (Drahtb.) Wie Reuters von unterrichteter Seite erfährt, trifft es nicht zu, daß die britische Regierung an die französische eine Note gerichtet habe, in der sie die Entsendung weiterer französischer Truppen nach Oberschlesien unter Vorbehalt zustimmte. Nach wie vor geht die Anschauung der britischen Regierung dahin, daß bei unmittelbarer Entscheidung keinerlei weitere Truppenentsendungen nötig seien. Die britische Regierung ist durchaus willens, den Ansichten der französischen in allen Punkten des einzuschlagenden Verfahrens entgegenzukommen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die sofortige Entscheidung nicht länger hinausgeschoben werde. Es liegt der britischen Regierung daran, daß der Oberste Rat etwa am 28. Juli zusammentritt. Aber sie ist durchaus bereit, einen Aufschub von wenigen Tagen zuzugestehen, damit Briand sich darauf einrichten kann. Sie hält jedoch nichtsdestoweniger ihre Ansicht aufrecht, daß eine Verschiebung der Zusammenkunft bis Ende August jede Aussicht auf eine erfolgreiche Entscheidung nimmt.

Lord Curzon hatte heute nachmittag mit dem deutschen und dem französischen Botschafter Unterredungen.

London, 25. Juli. (Drahtb.) Im Unterhause sagte Lloyd George: Über die oberschlesische Frage hoffe er am Donnerstag eine Erklärung abgeben zu können. — Eine Anfrage Bottomleys, ob der britische Botschafter in Berlin angewiesen worden sei, Schritte zu unternehmen, um ein Entweichen der Kriegsverbrecher zu verhindern, wurde von Harmsworth verneint. Die Regierung sei der Meinung, daß dies nicht erforderlich sei.

Der französische Bericht

Paris, 25. Juli. Handas meldet: Die Besprechungen zwischen London und Paris über Oberschlesien dauern an. Der französische Botschafter in London hatte heute Morgen mit Lord Curzon eine Rücksprache. Vom britischen Botschafter sind heute morgen am Quai d'Orsay keine neuen Schritte unternommen worden.

Kabinettsitzung in Berlin.

Berlin, 26. Juli. (Drahtb.) Gestern wurde eine Kabinettsitzung abgehalten, die sich mit dem amerikanischen Friedensschlusse und der oberschlesischen Frage beschäftigte.

Die Lage in Oberschlesien.

Katibor, 25. Juli. (Drahtb.) In Dzierzow kam es heute nacht zu lebhaften Schießereien. In Mirawa wurde ein Eisenbahnzug angehalten und die Gleise durch Waggonen gesperrt. Erst nach 11. Stunden konnte der Zug weiterfahren, wurde jedoch 1 Kilometer vor Dzierzow erneut angehalten. Die Strecke bis Katibor-Hammer ist von den Polen besetzt worden. — Die Deutschen in Kauban haben heute mittag telegraphisch den Kreisinspektor von Katibor dringend um sofortige Hilfe gegen die polnischen Gewalttätigkeiten angerufen.

Berlin, 26. Juli. (Drahtb.) Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, ist infolge eines Zusammenstoßes zwischen deutschen Eisenbahnern und Insurgenten, die bei Dzierzow den D-Zug Breslau-Katibor beschossen hatten, in den Kynbiter Gruben der Generalstreik ausgerufen worden. Im Kreise Kynbitt sammeln sich große Scharen polnischer Insurgenten. Große Waffentransporte aus dem Kreise Kynbitt in die Grenzdistrikte des Kreises Katibor werden von allen Seiten gemeldet und bestätigt. In Neuberun werden drei Panzerzüge mit sechs 10,5 Zentimeter-Geschützen von den Franzosen für die Polen ausgerüstet. In allen diesen Vorkommnissen werden die Anzeichen für das unmittelbare Beordnen eines vierten Polenauflandes erblickt.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Franzosen und Italienern in Gleiwitz

Breslau, 26. Juli. (Drahtb.) In Gleiwitz kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Franzosen und Italienern. Die Italiener gingen mit Waffengewalt gegen die Franzosen und Polen vor. Ein Pole wurde getötet, mehrere Franzosen wurden durch Kopfschläge verletzt. In

herzogl.-Jawada im Kreise Katibor wurde ein mit Handgranaten ausgerüsteter Insurgent festgenommen, der eingekerkert, den Befehl erhalten zu haben, die italienische Wache in die Luft zu sprengen. Weiter werden polnische Angriffe auf Ortschaften im nördlichen Oberschlesien gemeldet. So wurde gestern Kosielski im Kreise Rosenberg von polnischen Insurgenten überfallen, die eine Mühle in Brand steckten.

Blättermeldungen aus Gleiwitz zufolge wurde dort gestern abend in einem Lokal der Former Skornia nach einer Auseinandersetzung mit zwei Franzosen von diesen erschossen. Zwei italienische Soldaten versuchten, die Namen der Franzosen festzustellen. Die Franzosen kückteten auf die Straße und eröffneten von dort aus eine wilde Schießerei ins Lokal.

Französischer Aktendiebstahl.

Gleiwitz, 26. Juli. (Drahtb.) Die Franzosen haben das deutsche Polizeikommissariat, das sie vor etwa 8 Tagen nach einer Durchsuchung versiegelt hatten, wieder freigegeben. Sie haben sämtliche Urkunden, besonders die Urkunden des Protokolls mit sich genommen.

Über polnische Vorbereitungen zu einem neuen Aufstande berichtet die Deutsche Allgemeine Zeitung aus Kattowitz, daß die Polen eine Freiheitsarmee für Oberschlesien unter dem Generalobersten Tuschewsky gebildet haben. Ihr Hauptquartier befindet sich in Czestochau. In Solnowice sind Überleitungsstellen. Regelmäßige Verbindungen bestehen zwischen Czestochau und dem früheren polnischen Hauptquartier in Schoppinik. Die Polen werden bei ihren Aufstandsvorbereitungen von den französischen Besatzungstruppen in keiner Weise behindert.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband

Berlin, 26. Juli. (Drahtb.) Bei der Urabstimmung zu den Delegiertenwahlen für den im September in Jena abzuhaltenden Verbandstag des deutschen Metallarbeiterverbandes wurden in Berlin insgesamt 53 517 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Liste a Amsterdam (Rechtssozialisten) 30 523 und auf Liste b Wostau (Unabhängige und Kommunisten) 22 994 Stimmen. Die Liste a erzielte somit einen Vorsprung von etwa 7500 Stimmen.

Dresden, 26. Juli. Die Delegiertenwahlen für den Verbandstag der Metallarbeiter, die am Sonntag in Dresden stattfanden, gestalteten sich zu einer Kraftprobe zwischen den mehrheitssozialistischen Anhängern der jetzigen Verbandsverwaltung und der aus Unabhängigen u. Kommunisten gebildeten Opposition. Die Wahlen in Dresden haben zu dem Siege der unabhängigen-kommunistischen Liste geführt, denn auf die Liste der mehrheitssozialdemokratischen Delegierten wurden 7163 Stimmen und auf die Liste der unabhängigen-kommunistischen Opposition 7826 Stimmen abgegeben.

Eine bemerkenswerte Entscheidung

Berlin, 26. Juli. (Drahtb.) Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, war der Amtmann Baumann in Lörrach vor einiger Zeit wegen Verweigerung des Eides auf die Verfassung aus Veranlassung des sozialdemokratischen Ministers des Innern aus dem Staatsdienst entlassen worden. Der Amtmann strengte darauf einen Prozeß gegen den badischen Staat an. Gestern hat das Landgericht das Urteil dahin ausgesprochen, daß die Entlassung ohne jede gesetzliche Grundlage erfolgt und daher unwirksam sei, daß Baumann vielmehr heute noch badischer Staatsbeamter sei und als solcher Anspruch auf volles Gehalt habe.

Erneute Benachteiligung Sachsens bei der Getreideumlage.

Aus dem sächsischen Wirtschaftsministerium wird uns geschrieben: Nach dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide sind im neuen Erntejahr im ganzen Reich 2,5 Millionen Lo. Getreide (Brotgetreide, Gerste und Hafer) durch Umlage aufzubringen. Einem rohen Durchschnitt zufolge träfen demnach auf jeden Hektar 2,5 Doppelzentner Getreide. Die wirkliche Um-

lage auf die einzelnen Länder nimmt aber nicht die Fläche zur Grundlage, sondern geht von der Ertragsfähigkeit des Bodens aus. Die Umlage haben die Länder deshalb nach dem Anteil aufzubringen, mit dem sie an dem Ernteertrag im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1920 beteiligt sind. Dadurch kommt Sachsen, das nach Braunschweig und Schaumburg-Lippe im ganzen Reich die höchsten Durchschnittserträge aufzuweisen hat, ziemlich schlecht weg. Für Sachsen wirkt weiterhin die Art und Weise, wie die Umlage verteilt worden ist, recht ungünstig. Um nämlich den Unterschieden in der Leistungsfähigkeit, die sich aus Kleinbesitz und Deputatleistungen ergeben, Rechnung zu tragen, wird nach dem Gesetz das Gesamtaufbringungsloß von 2,5 Millionen Lo. vom Reich für jeden Selbstverförrer nach um den Betrag von 144 Agr. und um die die gegenwärtigen Selbstverförrerleistungen übersteigenden Deputatleistungen erhöht. Den einzelnen Ländern wieder wird je nach der Zahl ihrer Selbstverförrer und den geleisteten Deputaten der entsprechende Betrag von ihrem Umlageloß abgezogen. Länder, die wenig Selbstverförrer und Deputatberechtigten haben, kommen dadurch in Nachteil gegenüber Ländern mit viel Selbstverförrern und Deputatberechtigten, insbesondere Sachsen, wo durchschnittlich nur jeder 12. Mann Selbstverförrer ist, während z. B. in Bayern jeder 3. Mann dies ist. Um bei der Intensität seiner Landwirtschaft Sachsen nicht zu ungünstig in der Umlage zu stellen hatte Sachsen mit Erfolg im Reichsrat den Standpunkt vertreten, daß höchstens der Selbstverförrerbedarf, und zwar nur mit 36 Agr. pro Kopf bei der Umlage berücksichtigt werden solle. Der Reichsrat hat diesem Antrag zugestimmt. Leider aber hat der Reichstag nicht nur die Deputatleistungen neu eingestellt, sondern auch noch die Selbstverförrerleistung auf 144 Kilogramm erhöht.

Die Folge von all dem ist, daß, während die Durchschnittsbelastung im Reich 2,5 Dn. auf den Hektar beträgt, Sachsen 3,82 Dn. je Hektar abzuliefern hat. Die Unterbereitsung selbst kann gleichfalls nur nach den Grundflächen erfolgen, wie sie das Reich für die Länder anwendet. Die Umlage ist also nicht nach der Anbaufläche auf die Kommunalverbände zu verteilen, sondern nach dem Anteil der Kommunalverbände an dem Durchschnittsertrag Sachsens in den Jahren 1906—1920. Bei diesem Umlageverfahren sind die besonderen Verhältnisse eines jeden Kommunalverbandes am besten berücksichtigt. Kommunalverbände in guter Bodentlage werden daher über den Landesdurchschnitt (3,82 Doppelzentner) kommen, während andere mit schlechter Bodenbeschaffenheit weniger abzuliefern haben werden. Eine entsprechende Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse wird bei der weiteren Umlage auf die Gemeinden und einzelnen Erzeuger stattfinden.

Die akademischen sächsischen Staatsbeamten zum Fall Kypfel.

Die höheren Beamten der Staatsverwaltung hatten sich am Sonnabend abend in Dresden versammelt, um sich über die Heranziehung des Abgeordneten Kypfel zum Amtshauptmann auszusprechen. Sie verwarfen sich mit Entschiedenheit gegen das Mißtrauen, das Minister Lipinski der gesamten Beamtenschaft kundgetan hat durch den Vorwurf, daß die Beamtenchaft nicht verfassungstreue sei. Weiter erhoben sie energischen Einspruch dagegen, nicht als Diener des Staatsganzen, des Allgemeinwohles, sondern als Diener einer Partei betrachtet zu sein. Sie verurteilten es, daß Minister Lipinski die Partei über den Staat stelle, und, um den Parteinteressen zu dienen, einen Mann mit der schweren Aufgabe des Amtshauptmannes betraut habe, ohne daß auch nur im geringsten dessen Befähigung hierzu nachgewiesen sei. Endlich rümpften sie den Absolutismus des Ministers Lipinski, der der Beamtenchaft das Recht abstreite, nur gehört zu werden und jeden Willen zur Verständigung mit den Beamten ausgeschaltet habe. Nachdem die Beamten-gewerkschaften mehr oder weniger zum Falle Kypfel Stellung genommen hatten, hat sich auch die Arbeitsgemeinschaft der Vereine der wissenschaftlich vorgebildeten Beamten Sachsens damit beschäftigt und folgende Entschlieung gefaßt:

Die Arbeitsgemeinschaft der Vereine wissenschaftlich vorgebildeter Beamten Sachsens, der über 7000 höhere Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten Sachsens, einschließlich der Geistlichen und ehrer, angehören, empfindet die Ernennung des Abgeordneten Kypfel, eines Mannes ohne die erforderlichen theoretischen und praktischen Verwaltungsterminals, zum Amtshauptmann von Belgig,